

Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann	Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule
Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
Herr Jochen Saurenbach	Bartmänner Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann	auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN
-----------------------	-------------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano	Bunte
Frau Annelie Appelmann	doMS e.V.
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
--------------------	--

Frau Cornelia Harrer

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe
Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Edith Marschall

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Marc Ruda

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Frau Susanne Schönewolf

Diakonisches Werk

Frau Ulrike Volland-Dörmann

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Herr Benzion Wieber

Synagogengemeinde Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Sozialbestattungen, bereits in der letzten Sitzung unter TOP 3.1
4130/2012

3.2 Beantwortung der mündlichen Anfragen von Frau Hollmann und Frau Dr. Köhler zur Ausbildungsumlage und Ausbildung in der Altenpflege
0222/2013

3.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung: Regionale Unterstützungszentren
0230/2013

3.4 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln
0505/2013

3.5 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
0289/2013

3.6 Programm MÜLHEIM 2020
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Ausschuss Soziales und Senioren am 28.02.2013
0544/2013

- 3.7 Beantwortung der Anfragen zu TOP 3.3 und TOP 7.2 zu der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 17.01.2013
0425/2013

4 Mitteilungen

- 4.1 Das neue Glücksspielrecht
0160/2013
- 4.2 Beteiligung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender bei der Beratung von Bebauungsplänen
0311/2013
- 4.3 Unterstützung des Kulturloge und Kulturliste e. V.
4569/2012
- 4.4 Neubau- und Sanierungsprogramm für städtische Sozialhäuser; Objekt Kyllburger Str. 1-3, 50937 Köln
0144/2013
- 4.5 Veröffentlichung der Broschüre "Rat & Hilfe bei Diskriminierung und Rassismus. Ein Wegweiser für Anlauf- und Beratungsstellen in Köln"
0579/2013
- 4.6 ESF-Förderprogramm "Aktiv für Arbeit im Stadtteil - arbeitsmarktpolitisches Netzwerkcoaching in städtischen Problemgebieten"
0560/2013
- 4.7 Die Kommunalen Eingliederungsleistungen Jahresbericht 2011
0607/2013
- 4.8 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung;
hier: Anfrage von Frau Hollmann, beratendes Mitglied auf Vorschlag der Grünen, zu den Zahlungen von Ausgleichsabgaben durch die stadtnahen Gesellschaften
Sitzung am 29.11.2012, TOP 15
0698/2013

5 Wohnen

- 5.1 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: Januar 2013)
0518/2013

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

- 6.1 MÜLHEIM 2020, Start des Projektes "Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder" zum 01.01.2013
0171/2013

6.2 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020

MÜLHEIM 2020 - Sachstandbericht
0562/2013

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln
0484/2013

7.2 Anfragen

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 02/2013
0512/2013

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Flexible Hilfsangebote in den Stadtteilen statt Pflegeheim-Aufnahmen, letzte Sitzung unter TOP 10.2.2
AN/0072/2013

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Chorweiler-Mitte
Mündliche Anfrage des SE Weilenstein zum Thema "Stadtbaukonzept Chorweiler-Mitte" in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 13.12.2012
0063/2013

10.2.2 Integriertes Handlungskonzept „Mülheim 2020“
hier: Einsatz der Finanzmittel für 2013/2014
AN/0128/2013

- 11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 12 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 13 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 14.1 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Ergänzung des § 9 Entsendung von sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen in die Fachausschüsse des Rates der Stadt Köln um das Thema Anregungen und Beschwerden
0350/2013
- 15 Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
- 3.1 Sozialbestattungen, bereits in der letzten Sitzung unter TOP 3.1 4130/2012**

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung geschoben.

- 3.2 Beantwortung der mündlichen Anfragen von Frau Hollmann und Frau Dr. Köhler zur Ausbildungsumlage und Ausbildung in der Altenpflege 0222/2013**

Die Beantwortung wird mit Dank aber ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

- 3.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung: Regionale Unterstützungszentren 0230/2013**

Frau Hoyer bittet darum, dass die vorliegende Beantwortung dem Schulausschuss zur Kenntnis gebracht wird.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

- 3.4 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln 0505/2013**

Frau Hollman fragt, ob von der Verwaltung ein Sachstandsbericht für den Ausschuss Soziales und Senioren vorgelegt werden könne, der zu den aktuellen Veränderungen der Förderrichtlinien und die daraus resultierenden Änderungen für Köln Auskunft gebe.

Die Verwaltung sagt einen aktuellen Sachstandsbericht zu.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

**3.5 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
0289/2013**

Herr Helling dankt für die Beantwortung und sagt für seine Fraktion Unterstützung zu weiteren Projekten des „betreuten Wohnens“ zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schließt sich dem Dank von Herrn Helling an.

Frau Lerchner fragt, wie die konkrete Umsetzung bei den Versorgungsstrukturen aussehe.

Frau Herrmann antwortet, dass in der Beantwortung aufgezeigt sei, was bereits alles unternommen werde, aber auch, wo weiterer Optimierungsbedarf bestehe.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

**3.6 Programm MÜLHEIM 2020
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Ausschuss Soziales und Senioren am 28.02.2013
0544/2013**

Herr Helling dankt für die vorliegende Beantwortung. Er bittet die Verwaltung für die Themenfelder, Bildung, Lokale Ökonomie, Städtebau und Programmsteuerung um eine Tabelle. In dieser Tabelle solle aufgelistet sein, welche finanziellen Mittel ursprünglich im IHK eingeplant waren, welche finanziellen Mittel bereits für laufende Projekte verplant worden seien, welche finanziellen Mittel in einem Prüfungs-, oder Entwicklungsprozess seien und welche finanziellen Mittel aufgrund nicht realisierter Projekte nicht eingesetzt werden können. Dies wäre eine Gesamtübersicht über die finanziellen Bewegungen und Veränderungen bei diesem Programm.

Herr Oster sagt eine Beantwortung der Verwaltung zu.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

**3.7 Beantwortung der Anfragen zu TOP 3.3 und TOP 7.2 zu der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 17.01.2013
0425/2013**

Frau Stahlhofen dankt für die Beantwortung. Sie fragt, was passiere wenn es bei Kunden zu einer 100% Sanktionierung komme.

Herr Kulozik antwortet, dass dies das letzte Mittel wäre. In 10% aller ausgesprochenen Sanktionen sei dies der Fall. Die betroffenen Kunden werden durch entsprechende Gutscheine unterstützt, damit der Lebensunterhalt sichergestellt sei. Er sagt für die nächste Sitzung zu, entsprechende Einzelfälle (Beispiele) vorzulegen.

Frau Gärtner fragt, ob das Geld, welches für Projekte bei Bedarfsgemeinschaften zur Verfügung stehe, ausreichend sei.

Herr Kulozik antwortet, dass die Möglichkeiten (Gelder) leider zurückgegangen seien. Er würde sich freuen, wenn mehr Mittel für entsprechende Projekte zur Verfügung stehen würden.

Herr Dr. Schulz versteht die Frage von Frau Gärtner als Anregung, weitere Mittel bei den entsprechenden Institutionen für solche Projekte zu beantragen.

Herr Kulozik antwortet, dass dies bereits erfolgt sei.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen

4.1 Das neue Glücksspielrecht 0160/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet, dass die Sozialkonzepte, welcher jeder Glücksspielanbieter erstellen müsse, mit dem Suchtpräventionskonzept des Gesundheitsamtes abgestimmt werden solle. Das städtische Suchtpräventionskonzept solle dem Ausschuss Soziales und Senioren vorgelegt werden.

Herr Helling fragt, ob mit den finanziellen Abgaben, welche nach der neuen Gesetzeslage für die Spielautomaten zu leisten seien, Suchtprävention und Suchtberatung betrieben werden könne.

Herr Götting (Ordnungsamt) antwortet, dass aus den Einnahmen der Spielbank in Köln, ein Teil für die Suchtprävention zur Verfügung gestellt werden müsse. Über die entsprechenden Beträge muss zu einem späteren Zeitpunkt befunden werden. Das städtische Sozialkonzept werde dem Ausschuss selbstverständlich vorgelegt.

Frau Hoyer kann sich schwerlich ein Sozialkonzept vorstellen, welches von einer Spielbank entworfen werde. Sie fragt, wie die Verwaltung gegen die ca. 1.000 illegal betriebenen Sportwettanbieter vorgehen wolle.

Herr Plückthun schließt sich der Frage von Frau Hoyer an. Zusätzlich fragt er, wie die Verwaltung mit dem Bestand der Spielhallen, vor allem mit der Werbung an den Außenfassaden, umzugehen gedenke.

Herr Götting (Ordnungsamt) antwortet, dass jeder Glücksspielanbieter ein Sozialkonzept erstellen müsse. Damit solle die Spielsucht bekämpft werden. Die bestehenden Sozialkonzepte greifen nur die Probleme auf, die die Spieler selbst haben. Anderen Geschädigten (z.B. die Familien) müsse Hilfe angeboten werden. Dies könne durch ein über örtliches Konzept erfolgen.

Die illegalen Sportwettvermittlungsstellen seien durch die unklare Rechtslage entstanden. Das Spielrecht sei durch den europäischen Gerichtshof beanstandet worden. Die Stadt Köln sei zu Beginn, gegen die Sportwettenvermittler vorgegangen. Es wurden 296 Verfahren eröffnet. Zunächst habe man auch von den Gerichten Recht bekommen. Leider seien in Folge der unklaren Rechtslage die Gerichte von dieser Entscheidungspraxis abgewichen und haben sich dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes angeschlossen und die städtischen Verbotsverfügungen aufgehoben. Durch das seit dem 01.12.2012 in NRW geltende neue Glücksspielrecht können 20 private Sportwettanbieter zugelassen werden. Das entsprechende Konzessionsverfahren läuft zurzeit. Wegen dieses offenen Verfahrens könne die Verwaltung momentan nicht gegen die Sportwettvermittlungen vorgehen.

Für bestehende Spielhallen, für die bis zum 28.10. 2011 eine gewerberechtliche Erlaubnis erteilt wurde, gilt eine Übergangsfrist von 5 Jahren, danach müssen die Betreiber der Spielhalle eine Erlaubnis nach dem neuen Glücksspielrecht beantragen und die darin enthaltenen Anforderungen erfüllen. Mehrfachhallen in einem Gebäudekomplex sind danach zum Beispiel nicht mehr zulässig.

Für Spielhallen, die nach dem 28.10.2011 eine Erlaubnis erhalten haben, gilt eine Übergangsfrist von einem Jahr.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob diese Sportwettvermittlungen bei dieser Rechtslage überhaupt illegal wären.

Herr Götting (Ordnungsamt) antwortet, dass die Genehmigungen noch nicht erteilt wären. Daher seien diese Sportwettvermittlungen momentan noch illegal. Die Verwaltung habe aber momentan keine Möglichkeit gegen diese Sportwettvermittler vorzugehen, da die Verfahren zur Konzessionsvergabe noch andauern.

Auffällige Werbung an Fassaden von Spielhallen sei nicht zulässig. Man werde auch dagegen vorgehen.

Herr Helling befürwortet, dass sich der Ausschuss Soziales und Senioren weiterhin mit dem Sozialkonzept beschäftigen müsse. Spielsucht führe zu dramatischer gesellschaftlicher Desintegration. Er bittet um genaue Zahlen wie groß die betroffene Personengruppe in Köln sei. Die Drogenhilfe habe einen Bereich Spielsucht aufgebaut und Präventionskonzepte entwickelt. Durch die weitere Verbreitung des Glücksspiels könnten weitere Kosten und Probleme für Köln entstehen.

Herr Dr. Unna bezweifelt dass die Betreiber von Spielhallen gute Sozialkonzepte entwickeln könnten. Er fragt, wie hoch die Zahlen von illegalen Tierkämpfen seien.

Herr Götting sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

Frau Dr. Köhler fragt, wie häufig Beschwerden zu Spielhallen von Anwohnern bei der Stadt eingehen würden.

Herr Götting antwortet, dass von den Spielhallen keine öffentlich bemerkbaren Störungen ausgehen. Beschwerden liegen der Verwaltung dazu nicht vor.

Frau Eggeling fragt, ob zwischen Sportwettvermittlern ein Abstand von 350m Luftlinie einzuhalten sei.

Herr Götting antwortet, dass dies im Gegensatz zu den Spielhallen nicht so wäre.

Herr Plückthun fragt nach der Anzahl der illegalen Spielhallen.

Herr Götting antwortet, dass in Köln keine illegalen Spielhallen bekannt sind. Es bestehen in Köln 250 konzessionierte Spielhallen.

Frau Hollmann fragt, wen man bei Fragen zu Spielhallen anrufen könne.

Herr Götting antwortet, dass man ihn oder die Hotline des Ordnungsamtes (221-32000) jederzeit zu diesem Thema anrufen könne.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.2 Beteiligung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender bei der Beratung von Bebauungsplänen 0311/2013

Frau Hoyer bittet darum, dass die Mitteilung dem Stadtentwicklungsausschuss mitgeteilt werde.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.3 Unterstützung des Kulturloge und Kulturliste e. V. 4569/2012

Frau Schmerbach fragt, wie die Verteilung der Eintrittskarten durchgeführt werde.

Frau Reker antwortet, dass darum gebeten wurde, direkt mit den in der Mitteilung genannten Vereinen zu verhandeln und das Verfahren abzuklären. Bei der Kulturliste habe die Verteilung von Restkarten erfolgreich begonnen.

Herr Helling begrüßt den bürgerschaftlichen Akt, dass sozialschwache an teure Kulturkarten kommen würden. Er bittet die Verwaltung um eine Erhebung, inwieweit Köln-Pass Inhaber, Vergünstigungen im Kulturbereich nutzen würden. Er fragt, ob es möglicherweise zu Differenzen zwischen dem ermäßigten Eintrittskartenangebot für Köln-Pass Inhaber und dem vorliegenden Angebot der Kulturloge und Kulturliste kommen könne.

Frau Reker antwortet, dass keine Nutzungszahlen der Köln-Pass Inhaber im Kulturbereich vorlägen. Dies wäre ein unverhältnismäßiger Aufwand solche Zahlen zu ermitteln. In dem vorliegenden Projekt (Kulturloge und Kulturliste) werden liegengebliebene Karten einer sinnvollen Verwendung zugeführt.

Herr Dr. Schulz erläutert, dass die Kulturloge mit Trägern der Wohlfahrtspflege zusammenarbeite. Eine Frage nach dem Besitz eines Köln-Passes werde nicht gestellt.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.4 Neubau- und Sanierungsprogramm für städtische Sozialhäuser; Objekt Kyllburger Str. 1-3, 50937 Köln 0144/2013

Herr Helling fragt, ob nicht eine Vorgabe an den Investor von 100% öffentlicher Wohnungsbau für das Objekt in der Kyllburger Str. 1-3 möglich wäre. In diesem Fall könnten im Vergleich zum Vorschlag der Verwaltung 40% mehr Wohneinheiten als geförderte Wohnungen realisiert werden. Weiter fragt er, ob mit dem erzielten Verkaufserlös ein anderer Standort als Ersatz für das aufgegebene Grundstück angekauft werden könne oder ob die finanziellen Mittel für andere Maßnahmen der Wohnungsunterbringung eingesetzt werden sollen.

Herr Ferber teilt die Auffassung von Herrn Helling, dass der Standort an der Kyllburger Straße grundsätzlich 100% öffentlichen Wohnungsbau verkraften würde. Das Problem sei, dass in dem Baugrundstück gewisse Erschwernisse vorhanden lägen. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung vorgeschlagen, dass das Objekt an einen privaten Investor zu veräußern und sich über die Auflagen im Kaufvertrag die erforderlichen Belegungsrechte zu sichern, ohne selbst Grundstückseigentümer zu sein. Voraussetzung hierfür sei aber, dass sich die Projektentwicklung für den Investor rechne. Aus

diesem Grund habe die Verwaltung vorgeschlagen, dass 40% der Wohnungen im frei finanzierten Wohnungsbau umgesetzt werde. Auch in diesem Fall sei mit einem verhältnismäßig geringen Kaufpreis zu rechnen, der für den Ankauf eines anderen Objektes z.B. in Lindenthal nicht ausreichen werde. Das Amt für Wohnungswesen beabsichtige daher, den Erlös perspektivisch für andere Maßnahmen der Wohnungsversorgung einzusetzen.

Das Ziel sei, jedes Objekt als städtisches Objekt zu behalten. Das Modell, ein städtisches Grundstück zu verkaufen und sich zusätzlich weitere Belegungsrechte sichern, müsse trotzdem für einen Investor attraktiv bleiben. Aus diesem Grund habe man die vorliegende Einigung mit 40% frei finanziertem Wohnungsbau getroffen.

Frau Gärtner betont, dass es ihr wichtig sei, dass es überhaupt zu einem Verkauf komme. Sie bedauere, dass es fünf Jahre gedauert habe, bis man zu einem Abschluss gekommen sei. Es sollten keine weiteren Verwaltungshürden geschaffen werden sondern eher abgebaut werden, damit es zügig zum Bau weiterer Sozialwohnungen komme.

Frau Hoyer fragt ob sich überhaupt ein Investor zu den genannten Bedingungen finde.

Herr Klein fragt wie hoch die Anzahl der Wohnungen sei und was sei an dem Grundstück so problematisch um überhaupt einen Investor zu finden.

Herr Mayj antwortet, dass es sich um 11 Wohnungen handeln würde. Das Verhältnis zwischen Baukosten und erzielbarer Wohnfläche sei sehr ungünstig. Da auch Mittel des Landes NRW mit in dieses Projekt einfließen, müssen auch die Kriterien der Wohnungsbauförderung des Landes NRW angewendet werden. So müsse bei einer Sanierung des Bauprojektes müsse die Barrierefreiheit gesichert werden. Die Erschwernisse des Baugrundstücks seien, dass eine Tiefgarage mit neun Stellplätzen errichtet werden müsse. Jeder Tiefgaragen Stellplatz koste ca. 30.000,- Euro. Das Gebäude müsse aufgrund der engen Straße bis einschließlich des ersten Obergeschosses von Hand her abgebrochen werden. Grenzständig stehe eine Turnhalle der benachbarten Schule welche nur zwei Meter in das Erdreich gegründet sei. Dies bedeute, dass das Erdreich verdichtet werden müsse. Dies bedeute eine Erschwernisinvestition von 500.000 – 650.000,- Euro.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.5 Veröffentlichung der Broschüre "Rat & Hilfe bei Diskriminierung und Rassismus. Ein Wegweiser für Anlauf- und Beratungsstellen in Köln" 0579/2013

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.6 ESF-Förderprogramm "Aktiv für Arbeit im Stadtteil - arbeitsmarktpolitisches Netzwerkcoaching in städtischen Problemgebieten" 0560/2013

Herr Dr. Schulz begrüßt das vorliegende Projekt. Er bemängelt aber, dass gleichzeitig bereits vorhandene Projekte nicht richtig weiter geführt werden oder sogar abgebaut werden (z.B. Projekt Sprungbett).

Frau Reker kann die Anmerkung von Herrn Dr. Schulz nachvollziehen. Sie verweist auf das Datum Anfang 2012 in der Vorlage und darauf, dass das vorliegende Projekt in Abstimmung mit allen Akteuren auf den Weg gebracht worden sei.

Frau Lerchner fragt, wie hoch das Budget des Projektes sei und wie hoch der finanzielle Anteil von 20% sei, den die Stadt Köln tragen müsse. Zusätzlich würde sie gerne wissen, wann das Projekt starten würde.

Frau Reker antwortet, dass das Gesamtvolumen bei 200.000,- Euro liegen würde. Einen genauen Termin für den Projektbeginn könne sie nicht nennen, aber sie gehe davon aus, dass es zeitnah starten würde.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.7 Die Kommunalen Eingliederungsleistungen Jahresbericht 2011 0607/2013

Die Mitteilung wird in die nächste Sitzung geschoben.

Herr Dr. Schulz bemerkt, dass es sich bei den kommunalen Eingliederungsleistungen um gesetzliche Pflichtleistungen handle. Finanzielle Kürzungen hält er daher für nahezu unmöglich.

Frau Reker erläutert, dass es sich um eine gesetzliche Pflichtleistung handle. Der Leistungsanspruch trete ein, wenn der Fallmanager im Gespräch mit dem Kunden (Leistungsbezieher nach SGB II) feststellt, dass ein Bedarf bestehe und das Erfordernis der Eingliederungsleistung in der Eingliederungsvereinbarung mit dem Kunden dokumentiert werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, worauf sich die gesetzliche Pflicht beziehen würde. Er weist daraufhin, dass im Gesetzestext die Worte „können erbracht werden, wenn sie erforderlich sind“ stehen. Bei einer Pflichtleistung hätte er die Worte „müssen erbracht werden, wenn sie erforderlich sind“ erwartet.

Frau Reker antwortet, dass jeder Einzelfall im Ermessungsspielraum des Fallmanagers liege. Wenn dieser zu der Entscheidung komme, müssen die Leistungen erbracht werden.

Herr Helling stellt fest, dass im Haushaltsplanentwurf 1,3 Mio. Euro beliebig in diesem Bereich gekürzt worden sei. Daher sei eine rechtliche Bewertung sehr wichtig ob so eine finanzielle Kürzung überhaupt zulässig sei. Anhand dieser Problematik sei es äußerst schwierig, eine beliebig festgelegte Summe in diesem Bereich zu kürzen.

Der Bericht zeige auf, dass die Art der Arbeit bei kommunalen Eingliederungsleistungen sehr erfolgreich sei. Er appelliert an alle Sozialpolitiker zu überprüfen, ob die finanziellen Kürzungen inhaltlich und fachpolitisch fehlerhaft seien.

Herr Kulozik unterstützt den Appell von Herrn Helling. Im Jahr 2011 konnten durch den Einsatz von kommunalen Eingliederungsleistungen 11.200 Anliegen geklärt und zu einer Lösung geführt werden. Die Projekte (Schuldnerberatung, Suchtberatung, Psychosozialberatung) sollen nicht isoliert betrachtet werden, sondern sind mit den Regelleistungen des SGB II verknüpft. Bei finanziellen Kürzungen in der Größenordnung von ca. einem Drittel (1,3 Mio. Euro) kommt es bei vielen Menschen zu keinen konkreten Lösungen mehr.

Frau Hoyer dankt für den vorliegenden Bericht. Sie bittet um eine genaue rechtliche Klärung, ob es sich bei diesen Leistungen tatsächlich um Pflichtleistungen einer Kommune handeln würde.

Frau Reker wiederholt ihre Rechtsauffassung, dass es sich bei den genannten Eingliederungsmaßnahmen um eine Pflichtleistung handele. Sie weist daraufhin, dass die Bezirksregierung Köln die kommunalen Eingliederungsleistungen in einer unter Haushaltssicherung stehenden Kommune als Pflichtleistung anerkannt habe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung, bei der Bezirksregierung die aktuelle Rechtsauffassung klären zu lassen.

Herr Kersjes stellt fest, dass die kommunalen Eingliederungsleistungen unverzichtbare Leistungen darstellen. Er bedauere, dass in diesem Bereich für eine Pflichtaufgabe 1,3 Mio. Euro eingespart werden sollen. Mit diesen Kürzungen würden bestehende Strukturen zerschlagen. Dies könne nicht der Sinn von verantwortungsvoller Kommunalpolitik sein.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass die Mitglieder/innen des Ausschusses für Soziales und Senioren die Aufgabe als äußerst wichtig ansehen. Es solle nur die Rechtslage eindeutig geklärt werden, ob sie 100% Pflichtleistung sei.

**4.8 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung;
hier: Anfrage von Frau Hollmann, beratendes Mitglied auf Vorschlag der
Grünen, zu den Zahlungen von Ausgleichsabgaben durch die stadtna-
hen Gesellschaften
Sitzung am 29.11.2012, TOP 15
0698/2013**

Frau Hollmann dankt für die Beantwortung.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

5 Wohnen

**5.1 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: Januar 2013)
0518/2013**

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

**6.1 MÜLHEIM 2020, Start des Projektes "Sprachförderung in Tageseinrich-
tungen für Kinder" zum 01.01.2013
0171/2013**

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

6.2 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020

MÜLHEIM 2020 - Sachstandbericht 0562/2013

Herr Oster teilt eine aktuelle Veränderung zum vorliegenden Sachstandsbericht mit. Die sozialistische Selbsthilfe Mülheim hat im Juni letzten Jahres Beschwerde gegen das Vergabeverfahren bei der Vergabekammer der Bezirksregierung eingelegt. Die Vergabekammer hat am 13.02.2013 entschieden, dass die Beschwerde kostenpflichtig zurückgewiesen wurde. Durch diese Klage wurden acht Monate verloren. Mit der Bezirksregierung werden momentan die förderrechtlichen Bedingungen verhandelt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold wünscht für den weiteren Verlauf alles Gute.

Herr Kersjes fragt wer den Auftrag für das Projekt „Büro Wirtschaft für Mülheim“ erhalten habe.

Herr Oster antwortet, dass die Bietergemeinschaft Rosenbaum/Nagy und Konzept Consulting den Zuschlag erhalten hat.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln 0484/2013

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung geschoben.

7.2 Anfragen

Es gibt keine Anfragen zum Jobcenter Köln.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 02/2013 0512/2013

Frau Reinecke teilt mit, dass eine neue Ausgabe der Veedelsentdecker-Hefte diesmal für die Stadtteile Nippes, Porz und den Kölner Süden fertiggestellt sei und sich in der Verteilung befinde. Die Auflage liege bei 600 Stück je Stadtteil.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob geplant sei die Veedelsentdecker-Hefte flächendeckend in Köln aufzulegen.

Frau Reinecke antwortet, dass sich „Vor Ort“ Menschen finden müssen, die sich für so ein Projekt engagieren.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen**
- 10.1.1 Flexible Hilfsangebote in den Stadtteilen statt Pflegeheim-Aufnahmen, letzte Sitzung unter TOP 10.2.2 AN/0072/2013**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 3.5 behandelt.

- 10.2 Aktuelle Anfragen**
- 10.2.1 Chorweiler-Mitte**
Mündliche Anfrage des SE Weilenstein zum Thema "Stadtbaukonzept Chorweiler-Mitte" in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 13.12.2012
0063/2013

Der Tagesordnungspunkt wird unter TOP 3.8 behandelt.

Frau Hoyer bemerkt, dass sie sich von der Verwaltung auch ohne Nachfrage eine Mitteilung zu den Veränderungen gewünscht hätte.

- 10.2.2 Integriertes Handlungskonzept „Mülheim 2020“**
hier: Einsatz der Finanzmittel für 2013/2014
AN/0128/2013

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 3.6 behandelt.

- 11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 12 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 13 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 14.1 Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik**
hier: Ergänzung des § 9 Entsendung von sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen in die Fachausschüsse des Rates der Stadt Köln um das Thema Anregungen und Beschwerden
0350/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass in der Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft der Paragraph 9 „Entsendung von sachkundigen Einwohn-

nern/Einwohnerinnen in die Fachausschüsse des Rates der Stadt Köln um den Sachausschuss „Anregungen und Beschwerden“ dahin gehend erweitert werden soll, dass die sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen im Verhinderungsfall einen persönlich benannten Vertreter entsenden können. Er befürwortet diese Ergänzung.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soll auch eine/n sachkundige/n Einwohner/in und für den persönlichen Verhinderungsfall ein/e persönliche/n Vertreter/in in den Ausschuss Anregungen und Beschwerden entsenden können.

Die Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird in § 9 Entsendung von sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen in die Fachausschüsse des Rates der Stadt Köln entsprechend ergänzt und wie in der Anlage vorgelegt beschlossen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren bittet den Rat, die Hauptsatzung der Stadt Köln in § 23 a Absatz 3 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik entsprechend zu ändern, damit die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine/n sachkundige/n Einwohner/in und für den persönlichen Verhinderungsfall ein/e persönliche/n Vertreter/in in den Ausschuss Anregungen und Beschwerden entsenden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

15 Anfragen

Herr Helling fragt, nach der Vorlage der Kommunalen Wohnungsraum Zweckentfremdungsregelung. Er erinnert daran, dass die Verwaltung beauftragt sei, diese Vorlage zu erstellen.

Herr Ferber antwortet, dass die Vorlage in der verwaltungsinternen Abstimmung sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, dass die Vorlage dem Ausschuss Soziales und Senioren in absehbarer Zeit vorgelegt werde.

Frau Hollmann fragt nach einem aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Bildungspaketes.

Frau Reker sagt zu, dass die Verwaltung dem Ausschuss den aktuellen Sachstand mitteilen werde.